

**Christina Küsters
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**

**Sperrfrist: 11. Nov. 2021
16.00 Uhr**

***Rede
zur Verabschiedung
des Haushaltes 2022/2023
am
11. November 2021***

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

400 Tage.

Auf den Tag genau 400 Tage führt Marc Buchholz nunmehr die Amtsgeschäfte als Oberbürgermeister dieser wundervollen Stadt.

Es tut so gut, endlich wieder jemanden an der Verwaltungsspitze zu haben, der sich für die Stadt einsetzt, der eigene Ideen hat und diese einbringt, Initiative zeigt und dem das Wohl der Bürgerinnen und Bürger und unserer Stadt am Herzen liegt.

An der Spitze der Verwaltung steht seit 400 Tagen wieder ein Oberbürgermeister, der mit seinem Stil und seinem Amtsverständnis als engagierter Vertreter der Stadt wahrgenommen wird. Jemand der im ständigen Dialog mit den verschiedensten Interessenvertretungen, Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Bürgerinitiativen, Verantwortlichen aller Ebenen und der Politik ist, Lösungen entwickelt, Brücken baut und dafür brennt, Mülheim an der Ruhr voranzubringen.

Seit fast einem Jahr begleitet ihn nunmehr ein schwarz-grünes Bündnis. Ein Bündnis, das auf nachvollziehbare und zukunftsorientierte Politik setzt. Ein Bündnis, das auf eine seriöse, solide und nachhaltige Finanzpolitik setzt und dabei konsequent ein an den Einnahmen orientiertes Ausgabeverhalten im Blick hat.

Und auch das möchte ich direkt an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen: Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung insgesamt empfinden wir auf allen Ebenen und in den verschiedenen Themenbereichen - nicht nur den Haushalt betreffend- als sehr konstruktiv, vertrauensvoll und verlässlich.

Auf Grundlage der Beschlüsse der vergangenen Jahre, zuletzt durch den im Februar diesen Jahres verabschiedeten Haushalt 2021 ist es nun mehr möglich, ohne jede neue Steuererhöhung, ohne weitere neue Einsparmaßnahmen und ohne weitere empfindliche Einschnitte in den Status Quo einen Haushalt zu beschließen.

Und so liegt vor uns heute ein Doppelhaushalt, der die letzten beiden Jahre des Stärkungspaktes markiert, den haushalterischen Weg bis zum Ende des Stärkungspaktes im Jahre 2023 abbildet und damit der Stadt Mülheim an der Ruhr und seinen Bürgerinnen und Bürgern wieder eine wirkliche Perspektive gibt.

Mit der Verabschiedung des Haushaltes schaffen wir auch für die nächsten beiden Jahre die Voraussetzungen für eine Vielzahl von freiwilligen Maßnahmen und die Voraussetzungen für die Erfüllung der Stärkungspaktauflagen.

Und doch haben sich die diesjährigen Haushaltsberatungen von denen der letzten Jahre unterschieden.

Durch die gute gemeinsame Arbeit der letzten Jahre mit dem Kämmerer und der GPA und die schmerzlichst getroffenen Haushaltsbeschlüsse der Vergangenheit, stehen wir heute an einem Punkt, an dem wir ein wenig aufatmen können. An einem Punkt, den wir erhofft und skizziert hatten und an dem wir dankbar sind, dass wir diesen - trotz der Corona-Pandemie und ihren auch finanziell spürbaren Auswirkungen - erreichen konnten und nicht externe, nicht steuerbare Faktoren als böse Überraschung dazwischen gekommen sind. Die Zieldaten der letzten Haushalte wurden erreicht bzw. sogar überschritten, so dass von einer verlässlichen Planungsgrundlage für die kommenden Haushaltsjahre ausgegangen werden kann. Auch die

Personalkosten entwickeln sich trotz Stellenneueinrichtungen, etwa der zukunftsweisenden vorgenommenen Entfristung von 50 Stellen im Kindertagesstättenbereich, gut.

Noch immer sind wir aber Stärkungspaktkommune. Noch immer sind die finanziellen Spielräume in unserem Haushalt gering - doch wir haben es durch schmerzliche, aber unausweichliche und konsequente Entscheidungen und eine seriöse Finanzpolitik geschafft, uns kleinen Freiräume zurück zu erkämpfen.

Mit unserem Haushaltsbegleitbeschluss möchten wir die wiedererlangte Gestaltungsfähigkeit für drei Handlungsfelder nutzen:

- eine klimaorientierte Stadtentwicklung, weil sich die Stadt Mülheim dem Ziel verpflichtet hat, bis 2035 klimaneutral zu werden
- eine sichere und saubere Stadtgestaltung, weil es unsere Bürgerinnen und Bürger verdient haben, sich in unserer aller Stadt sicher und wohl zu fühlen und auf
- Feldern der Teilhabe am städtischen Leben, weil wir das Zusammenleben in der Stadt stützen möchten, das elementar wichtig für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist.

In Punkto klimaorientierte Stadtentwicklung leisten wir durch Grün- und Solarbedachung auf städtischen Gebäuden nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz sondern profitieren als Stadt von der regenerativen Energiegewinnung.

Wie stärken den Kommunalen Ordnungsdienst mit zwei Stellen, um die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger durch mehr Präsenz von Ordnungskräften im öffentlichen Raum zu stärken. Zudem richten wir auch in Reaktion auf ein verändertes Mobilitätsverhalten eine Radstaffel für diesen ein.

Im Doppelhaushalt konnten wir einige konkrete einmalige, nicht strukturelle Zuschüsse berücksichtigen.

Dieses betrifft insbesondere Unterstützungen für diejenigen, die sich für die städtische Gemeinschaft einsetzen, die Orte der Begegnung schaffen, die Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind, wie etwa durch die Aufstockung des Kulturetats und die Zuschüsse an Bezirksschülerversammlungen und die Elternvertretungen.

Gleichwohl können Sie sicher sein, dass wir auch die Schwächsten in unserer Gesellschaft immer im Blick haben, wie u.a. dem Beschluss, dem Diakonischen Werk für die Gefährdetenwohnhilfe einmalig einen zusätzlichen Betrag für die Sanierung der Badezimmer zur Verfügung zu stellen, zu entnehmen ist.

Mit dem vorliegenden Haushaltsbegleitbeschluss und der damit einhergehenden Verabschiedung des Haushaltes gelingt uns eine erste politische Ausrichtung. Die Verabschiedung des Haushaltes begründet eine solide Basis auf der es nun aufzubauen gilt und die die Voraussetzung dafür ist, nun in den vor uns liegenden zwei Jahren inhaltlich weiterzuarbeiten und inhaltliche Schwerpunkte zu setzen. Viele Zukunftsthemen wie die Digitalisierung, eine klimaorientierte Stadtentwicklung und ein verändertes Mobilitätsverhalten werden angegangen.

Es gibt allerdings weitere drängende Themen, die wir vorantreiben müssen.

Zu einer modernen Infrastruktur gehört auch ein modernes Straßen- und Wegenetz.

Mit Sorge werfen wir als CDU-Fraktion einen Blick auf den Zustand unserer Straßen, der sich seit Jahren weiter und weiter verschlechtert.

Hier ist eine ehrliche Bestandsaufnahme notwendig. Zu oft mussten geplante Maßnahmen ein um das andere Mal in der Zeitachse nach hinten geschoben werden.

Notwendig ist hier unseres Erachtens nicht nur zum einen ein Straßenkataster sondern eine Priorisierungsliste für den Bereich Straßenbau, ähnlich, wie diese bereits für den Hochbau existiert. Hier müssen wir durch vorausschauende Umsetzung in Planungen nach entsprechender Prioritätensetzung in Zukunft die Akquise von Fördermitteln und die dringend notwendige Instandsetzung sowohl für die Straßen- als auch Gehwege ermöglichen und zeitgleich die Ausgestaltung eines modernen Radwegenetzes insbesondere unter Schluss der größten Lücken in den Blick nehmen.

Wir benötigen zudem dringend eine finanzierbare Gestaltungslösung für den Rathausmarkt und insbesondere für den Bereich des ehemaligen Kiosks in Umsetzung des Integrierten Innenstadtkonzeptes und unter Berücksichtigung der Vorschläge aus der Bürgerbeteiligung.

Wir bedauern, dass wir bei einem Punkt in diesem Jahr nur langsam weitergekommen sind, was jedoch nicht Verwaltung oder Politik zuzuschreiben ist- das Thema Volkshochschulgebäude steht weiter auf der Agenda. Auch nach Auslaufen der Bindungsfrist ist klar, dass wir auch unter den schwierigen Rahmenbedingungen eine Nutzung des Gebäudes an der Bergstraße auch als VHS wieder ermöglichen wollen. Genauso klar ist aber auch: Das kann nicht zu Lasten der Sanierung von Schulgebäuden gehen.

Ein vorsichtiges Agieren bleibt insgesamt notwendig und klug. Denn es gibt naturgemäß auch Risiken und Unwägbarkeiten im Hinblick auf die Zukunft.

Es bleibt dabei, dass längst nicht alle unsere Probleme hausgemacht sind, sondern dass uns nach wie vor Aufgaben übertragen sind, die der Bund und das Land nicht im Rahmen der verfassungsrechtlich verankerten Konnexität komplett der Kommune erstatten.

Weitere Entlastungsmaßnahmen müssen bundes- und landesseitig folgen, auch wenn natürlich erfreulich ist, dass bundesseitig von der bisherigen Bundesregierung insbesondere durch die höhere Übernahme der Kosten der Unterkunft eine Entlastung erfolgt ist. Wir erwarten von der künftigen Bundesregierung selbstverständlich auch, dass sie die Kommunen nicht im Stich lässt.

Wir freuen uns sehr, dass der neue NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst die Finanzlage der Kommunen in seiner ersten Regierungserklärung aufgegriffen hat und die weitere strukturelle Entlastung der Kommunen zum Ziel erklärt hat.

Nicht geklärt ist nach wie vor die Frage nach dem Umgang mit Altschulden.

Zudem wird der städtische Haushalt mit Corona-Kosten belastet, die zwar im Wege der Corona-Isolierung noch ausgeklammert werden können, dadurch aber ja nicht verschwinden und so zu Altschulden von morgen werden. Zurecht hat der NRW-Städtetag mahnend hierzu die Hand erhoben und einen Corona-Schuldenschnitt ins Spiel gebracht.

In diesem Zusammenhang darf auch nicht vergessen werden:

Sollte das Zinsniveau auch nur leicht steigen, müssten wir in Zukunft pro Jahr deutlich mehr für Zinszahlungen ausgeben.

Die anhaltende Inflation wirkt sich auf die zu kalkulieren und zu zahlenden Preise aus. Dieses haben wir in Bezug auf die Energiekosten schon gespürt. Es betrifft allerdings auch vielfältige Leistungen im Allgemeinen wie Kosten für

Radwege und Straßenbau, die Sanierung von Schulgebäuden und nicht zuletzt die zu erwartenden Tarifabschlüsse.

Niemand weiß, wie lange die Corona-Pandemie noch anhält und welche Auswirkungen sie auf das zu erwartende Steuereinkommen genau hat.

Doch auch wir haben noch Hausaufgaben zu erledigen und diese haben wir nicht vergessen, meine Damen und Herren.

So darf insbesondere das Konsolidierungsziel im ÖPNV ebenso wie die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans nicht aus den Augen verloren werden. Überfällig sind die Einstellung von Parallelverkehren, der Einsatz von On-Demand-Diensten und die bedarfsgerechte Anpassung von Taktzeiten.

An der Steigerung der Attraktivität und der Kostenoptimierung im ÖPNV werden wir weiter -kurzfristig- in vielen Runden arbeiten. Das Verkehrsdezernat hat die Einbringung einer entsprechenden Beschlussvorlage für das 1. Halbjahr 2022 angekündigt.

So bleibt nach wie vor einiges zu tun, doch wir scheuen uns als CDU-Fraktion nicht, diese Aufgaben weiter auch anzunehmen. Wir wollen das hart zurückerarbeitete Vertrauen der Gemeindeprüfungsanstalt NRW, der Bezirksregierung und des Landes nicht verspielen, sondern weiter verlässlicher Partner sein. Wir werden weiter mahnd darauf achten, eine konsequente, solide und zukunftsorientierte Haushaltspolitik zu betreiben. Wir versprechen den Bürgerinnen und Bürgern unserer wunderschönen Stadt, auch weiter - nicht nur in Haushaltsfragen- vorausschauend, sorgsam und zuverlässig zu agieren.

Für heute gilt mein herzlicher Dank zunächst natürlich den Mitgliedern meiner Fraktion und den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, die freundschaftlich, ergebnisoffen und sachlich mit uns die unterschiedlichsten

Ideen zum Mülheimer Haushalt diskutiert haben. Seit gut einem Jahr arbeiten wir hervorragend, vertrauensvoll und wertschätzend in den verschiedenen Fachbereichen zusammen.

Gemeinsam geht es eben besser!

Bedanken möchte ich mich auch bei den übrigen Fraktionen, die den heutigen Etat mittragen werden und hierbei ganz besonders bei der FDP-Fraktion, die nicht nur heute sondern auch bei der schmerzlichen Haushaltsverabschiedung des Etats 2021 den Etat mitgetragen hat.

Frank Mendack war und ist uns -wirklich jederzeit- eine große Unterstützung. Nach wie vor eint uns das Ziel einer soliden, konsequenten und ehrlichen Haushaltsführung. Für jede Frage waren er und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auch diesmal vertrauensvolle Ansprechpartner. Hierfür möchte ich mich bei allen Beteiligten im Namen meiner Fraktion noch einmal bedanken.

Ich freue mich sehr, dass auch die GPA, die uns all die Jahre begleitet hat und ihr Präsident Heinrich Böckelühr, der auch persönlich viel Zeit in Diskussionen um unsere Stadt investiert hat, sowie auch die Bezirksregierung und das Land in diesem Jahr das Signal erhalten, dass ein breiter Teil des Rates an einem ordentlichen, genehmigungsfähigen Haushalt interessiert ist. Besser hätten wir die Haushaltsplanung im Stärkungspakt nicht abschließen können - auch wenn mir mit Blick zur SPD noch einmal der Hinweis erlaubt ist, dass wir uns gefreut hätten, wenn dieses auch bei der vorangegangenen Haushaltsverabschiedung der Fall gewesen wäre.

Zum Abschluss möchte ich einen Blick auf unsere Stadt werfen und darauf, wie wir in die Zukunft blicken.

In der Stadtentwicklung kommen wir gut voran. Wichtige Projekte, wie die Entwicklung des Tengelmann-Geländes sind auf einem sehr guten Weg. Hier

müssen nun die genauen Planungen diskutiert und angegangen werden. Weiter zu nennen sind zum Beispiel die Ideen und der Letter of Intent zur Friedrich Wilhelms-Hütte. Das Thema Wirtschaftsförderung läuft hervorragend. Kooperationen seitens der Stadt mit Unternehmen werden eingegangen. Es sind gute, zukunftsorientierte Entscheidungen zum Thema Flughafen getroffen worden.

Auch in das Thema Innenstadt kommt, z.B. mit den Entwicklungen im Wallviertel, Bewegung. Zum leidigen, bereits angesprochenen, Thema Rathausmarkt gibt es nun konstruktive Diskussionen in Ausschüssen, Ideen der Bürgerschaft und Gespräche seitens der Verwaltung.

Erst heute berichtete die Presse über das geplante Hochgrünhaus, von dem eine Strahlkraft für ähnliche Projekte anderenorts erhofft wird. Die Themen Klimaschutz und Radverkehr kommen voran. Ebenso wird nun mit voller Kraft am Themenkomplex Digitalisierung gearbeitet.

Die Arbeit der sogenannten Mülldetektive ist erfolgreich angelaufen.

Trotz unserer finanziellen Situation, trotz der Tatsache, dass wir Stärkungspaktkommune sind, konnten wir durch kluge Investitionen in den vergangenen Jahren Gebäude sanieren, uns um Schulen kümmern. Viele lange herbeigesehnte Projekte, grade z.B. im Sportbereich können nun, auch mit der Hilfe vielfältiger bereitgestellter Landesmittel, angegangen werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Vereinen und Verwaltung ist in vielen Bereichen vorbildlich.

Meine Damen und Herren, all das sind positive Beispiele dafür, dass sich nun in unserer Stadt etwas tut. Dass sich diese Stadt entwickelt. Positiv entwickelt. Das nun wieder Hand in Hand gearbeitet wird. Eine verlässliche Marschroute von Politik, Verwaltung und Verwaltungsspitze vorgegeben wird.

Und darum möchte ich jeden einzelnen von uns ausdrücklich bitten: Werfen Sie einen Blick auf die vielfältigen positiven Entwicklungen in unserer Stadt. Werfen Sie einen Blick auf das vielfältige bürgerschaftliche Engagement, auf die schöne Ruhr, auf die vielen vorhandenen Freiflächen, die es zu schützen gilt.

Allzu schnell wird immer nur das in den Vordergrund gestellt, was vielleicht einmal nicht so gut läuft. Allzu schnell werden Vermutungen, grade in den sozialen Medien, aufgestellt, was „nun wieder da hinter steckt“, obwohl völlig logische und unstrittige Erklärungen vorliegen.

Nur wenn wir selbst von unserer Stadt überzeugt sind, können wir doch auch Andere von ihr begeistern.

All die Diskussionen und Beratungen der vergangenen Jahre und diesen Jahres haben sich gelohnt - für unser liebens- und lebenswertes Mülheim an der Ruhr und seine Bürgerinnen und Bürger.

Herzlichen Dank.